



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 2. Juni 2017

Antrag: Verkehrswende einleiten Ein Pauschaltarif für Kinder und Jugendliche im MVV

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und das Referat für Arbeit und Wirtschaft werden beauftragt, in den zuständigen Gremien von MVV und MVG dafür einzutreten, dass im Rahmen der gerade laufenden Prozesse zur Reform der MVV-Tarifstruktur eine Lösung für einen einfachen und preisgünstigen Kinder- und Jugendtarif entwickelt wird.

Vorgeschlagen wird eine einfache und alltagstaugliche Pauschale für den MVV – etwa ähnlich dem „Wiener Modell“ mit 365 Euro jährlich – ohne dass dazu Nachweise zum individuellen Weg von und zur Schule bzw. Ausbildungsplatz benötigt werden.

Mit dem Freistaat ist dabei über ein neues Abrechnungssystem für die Zuschüsse gem. § 45a PBefG (Personenbeförderungsgesetz) des Bundes zu verhandeln.

Begründung:

Die kurzfristig erforderliche Lösung der Probleme für die Kinder und Jugendlichen ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass das gegenwärtige System zu einer völlig unzumutbaren Belastung vor allem für Schüler und Auszubildende führen kann: gemäß einer Studie der DGB-Jugend zahlen Auszubildende durchschnittlich 104 Euro monatlich für Mobilität, davon 71 Euro für den ÖPNV. Auch in der 2. Münchner Jugend-Befragung 2016 wurde deutlich, dass nahezu alle Befragten (91,2 Prozent) die MVV-Preise als zu hoch empfanden.

Das Problem der Erstattungen durch den Freistaat gem. §45a PBefG (Schulwegkostenfreiheit) muss in Verhandlungen mit der zuständigen Obersten Baubehörde des BStMI so gelöst werden, dass auch in Bayern, ähnlich der Umsetzung des §45a in Hessen, eine Pauschalabrechnung akzeptiert wird. Falls höhere Zuschüsse an den MVV erforderlich werden, sollten diese aus den sprudelnden Steuereinnahmen des Freistaats getragen werden.

Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Cetin Oraner (DIE LINKE)